

**Plenarsitzung vom 15.12.2016**

Haushaltsdebatte – Antwort der Regierung auf die Stellungnahmen der Fraktionen

Stellungnahme Minister Harald Mollers

---

Es gilt das gesprochene Wort!

---

Sehr geehrter Herr Präsident,

Werte Kolleginnen und Kollegen,

heute Abend erleben wir also den Endspurt der diesjährigen Haushaltsdebatte.

Nachdem gleich die Regierung auf die Stellungnahmen der Fraktionen geantwortet hat, werden die Fraktionen noch einmal reagieren können, und dann wird der Haushalt wohl – so hoffe ich zumindest – mit den Stimmen der Mehrheit dieses hohen Hauses verabschiedet.

Jedenfalls haben die Mehrheitsvertreter das in ihren Reden am Montag und Dienstag bereits angekündigt.

Von der Opposition erwartet niemand Applaus – es ist die ureigenste Rolle der Opposition, kritisch zu sein, Fragen zu stellen und Gegenkonzepte zu präsentieren.

Wenn ich mir die Debatte zum OB 30 (Unterricht und Ausbildung) vom Dienstag anschau, dann muss man jedoch durchaus unterscheiden: die Beiträge der drei Oppositionsfraktionen waren sehr unterschiedlich.

Kollege Franzen von der CSP hat eine sehr kritische, aber zu jedem Zeitpunkt sachliche und konstruktive Rede gehalten, was ich ausdrücklich hervorheben möchte.

Das hat möglicherweise auch damit zu tun, dass er aus eigener Erfahrung als Schulschöffe seiner Gemeinde sehr gut weiß, dass die Politik keine Wunder vollbringen kann und dass manche Projekte und Vorhaben eben sehr komplex sind und viel Zeit und Geduld erfordern.

Während also Kollege Franzen kritisch-konstruktiv war, hat Kollege Mertens nichts Überraschendes präsentiert.

Sehr wohl überrascht hat mich hingegen Kollege Niessen von Ecolo.

Sein Redebeitrag strotzte nur so vor Zynismus, seine Wortwahl war bissig, und inhaltlich hat er viel Kritik geäußert und jede Menge Fragen in den Raum geworfen.

Natürlich ist das sein gutes Recht.

Ein jeder trägt zur politischen Debatte das bei, was er beizutragen im Stande ist.

Leider habe ich der Rede des Kollegen Niessen keinen einzigen konstruktiven Vorschlag entnehmen können, nicht einen Schwerpunkt, den seine Partei in Bildungsfragen gerne vertiefen möchte, sondern nur ein „zu viel, zu langsam, zu schnell und zu wenig“.

Diese Rhetorik kennen wir so nicht von Ecolo, das ist neu.

Auf die Inhalte der Rede von Kollege Niessen gehe ich gleich noch etwas detaillierter ein.

Ich habe in den Reden der sechs Fraktionen dieses Hauses zum OB 30 insgesamt 16 große Themen ausgemacht.

Die ganze Debatte zum OB 30 hat am Dienstag ca. 100 Minuten gedauert.

Ich habe jetzt 20 Minuten, um auf alle Themen und Aussagen einzugehen.

Daher bitte ich um Verständnis, wenn ich nicht auf alle Aussagen eingehen kann.

Wir werden sicherlich in den Ausschusssitzungen noch viele Gelegenheiten haben, einzelne Bereiche zu vertiefen.

Dennoch möchte ich mich an erster Stelle bei allen bedanken, die sich mit viel Ernsthaftigkeit in die komplexen Haushaltsdokumente eingearbeitet haben und durch ihre konstruktiven Stellungnahmen dazu beigetragen haben, die ostbelgische Politik mitzugestalten und wertvolle Impulse zu liefern, damit Schlechtes ausgemerzt wird und Gutes noch besser werden kann.

Viele Redner sprachen am Dienstag das Thema der **Heterogenität** in unseren Klassenzimmern an.

Mit den meisten Aussagen bin ich vollkommen einverstanden.

Unsere Klassenzimmer werden bunter, Kinder und Jugendliche unterschiedlicher Herkunft und mit verschiedenen kulturellen Hintergründen drücken gemeinsam die Schulbank – und das ist eine echte Herausforderung für Kindergärtner und Lehrer.

Bereits im aktuellen Umsetzungsprogramm des REK ist die individuelle Förderung von Schülern ein Schwerpunktthema:

wir haben die niederschwellige Förderung in den Regelgrundschulen auf den Weg gebracht,

wir haben den Nachteilsausgleich und den Notenschutz eingeführt,

wir haben ein neues Dekret über die Beschulung von erstankommenden Schülern erarbeitet und verabschiedet.

Und derzeit arbeiten wir an einer Neugestaltung der Integrationsmaßnahmen für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf.

Diese Neugestaltung ist tatsächlich sehr komplex.

Einerseits möchten wir die Fachkräfte und das Fachwissen direkt bei den Schulträgern verankern, damit es flexibler zum Wohle des einzelnen Kindes eingesetzt werden kann,

andererseits müssen wir jedoch auch die Interessen der Personalmitglieder

berücksichtigen, die durch eine solche Reform nicht benachteiligt werden dürfen.

Für das nächste Umsetzungsprogramm des REK sehen wir neben der individuellen Förderung auch den Umgang mit Heterogenität als Schwerpunktthema vor, wie Kollegin Schmitz richtig festgestellt hat.

Dabei warten wir nicht auf dieses Umsetzungsprogramm, um mit der Arbeit zu beginnen, sondern wir haben bereits im letzten Schuljahr eine Pilotprojekt gestartet, an dem sich fünf Schulen beteiligen.

Außerdem haben wir Info-Integration den Auftrag erteilt, als Ansprechpartner für Schulen in interkulturellen Fragen zu fungieren und Schulen zu unterstützen.

Und wir intervenieren punktuell, wenn es z.B. zu größeren Problemen oder gar Konflikten kommt.

Ja, die Herausforderungen für unsere Schulen sind enorm, das bestreitet niemand.

Neben Unterstützungsmaßnahmen wie zusätzlichem Personal oder zielgerichteten Aus- und Weiterbildungen für Lehrer müssen wir auch an den Rahmenbedingungen arbeiten.

Damit sind wir bei den großen Reformvorhaben dieser Legislatur angelangt.

Die **Dienstrechtsreform „Gutes Personal für gute Schulen“** schreitet weiter voran, auch wenn Kollege Niessen Zweifel daran hat.

Die Erneuerung des Dienstrechtes und die Schaffung attraktiverer Rahmenbedingungen gerade für Neueinsteiger und Junglehrer ist ein hoch komplexes Unterfangen.

Wir arbeiten seit Mitte 2015 daran, also seit ca. zweieinhalb Jahren.

Die Textarbeit an den umfangreichen Dekreten läuft auf Hochtouren.

Aber vergessen Sie nicht, Kollege Niessen, dass wir es mit über hundert Erlassen und Dekreten allein für das Unterrichtswesen zu tun haben.

Und da ist es nicht mit ein paar Federstrichen getan, sondern da muss ganz fundierte und zeitaufwändige juristische Arbeit geleistet werden.

Ja, es stimmt, Kollege Niessen, ich habe 2015 gehofft, dass wir das bis Frühjahr 2018 „gebacken“ bekommen.

Die Realität hat mich eines besseren belehrt und deshalb bin ich in der Tat sehr vorsichtig geworden, was die zeitliche Planung betrifft.

Ich gehe zudem davon aus, dass die Konzertierung mit den Gewerkschaften schon alleine aufgrund des Umfangs der Reform relativ viel Zeit in Anspruch nehmen wird.

Wie Kollege Freches am Montag völlig richtig feststellte, hat das gleiche Vorhaben in der Französischen Gemeinschaft fast 15 Jahre gedauert.

Kollege Niessen, da können Sie mir nicht redlich nach gerade einmal zweieinhalb Jahren vorwerfen, dass die Dinge nicht vorankämen.

Es stimmt übrigens nicht, Kollege Niessen, dass wir Themen aus GPGS herausgenommen haben.

GPGS bleibt so, wie es anfangs angedacht war.

Wir haben uns lediglich dazu entschlossen, zusätzliche Themen, die im Zuge der Diskussion mit den Personalmitgliedern noch hinzugekommen waren, auszuklammern und im Rahmen der Erarbeitung einer **Gesamtvision** zu vertiefen, weil sie den Rahmen einer Dienstrechtsreform sprengen würden.

Dazu gehören die von Ihnen genannten Schwerpunkte Arbeitszeit, Schuljahrestaktung und vieles andere mehr.

Am Dienstag wurde viel über die **hohe Arbeitsbelastung** der Lehrer und insbesondere der Schulleiter gesprochen.

Wir nehmen diese Probleme sehr ernst!

Und ich schicke voraus: Kollege Franzen hat vollkommen recht, wenn er sagt, dass Lehrer nicht jedes Projekt in der Klasse durchführen müssen, das ihnen angeboten wird.

Angebote sind Angebote, keine Verpflichtungen!

Daher ist es wichtig, dass jede Schule im Rahmen ihres eigenen schulinternen Curriculums überlegt, welche Schwerpunkte sie setzen möchte und welche Projekte durchgeführt werden sollen.

Auch die Rahmenpläne, durch die viele Lehrer sich unter Druck gesetzt fühlen, sind keine Abhaklisten, das sage ich immer wieder.

Viel wichtiger ist, dass sie als Rahmen für eine individuelle Förderung der Schüler und als wertvolle Hilfe für die pädagogische Gestaltung des Schuljahres fungieren.

Der Lehrer selbst besitzt eine weitgehende pädagogische Freiheit und darf diese auch nutzen, solange es den ihm anvertrauten Kindern dabei hilft, ihre Potenziale zu entfalten.

Für die Schulleiter der Grundschulen sollen ab dem kommenden Schuljahr

**Sekretariatskräfte** zur Verfügung gestellt werden, um die Direktoren vor allem im administrativen Bereich zu entlasten.

Nach einer Konzertierung mit den Schulleitern haben wir – und das wird den Kollegen Franzen freuen – zudem vor kurzem beschlossen, dass wir es den Schulen ermöglichen wollen, dieses Stellenkapital für Chefsekretäre auf Antrag und bis zu einer gewissen Höchstgrenze flexibler einsetzen zu können, z.B. für Schulentwicklung.

Wir hören also auf das, was die Akteure auf dem Terrain uns sagen.

Ja, Kollege Franzen, das System der **Stundenkapitalaufteilung** muss reformiert werden, moderner gestaltet werden, da haben Sie völlig recht.

Und Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass man eine solche Neugestaltung gründlich überlegen muss.

Deshalb bin ich meiner Kollegin Ministerin Weykmans sehr dankbar, dass sie die BVA-Regelung für das Unterrichtswesen, das ja nicht vergleichbar mit dem allgemeinen BVA-System ist, aus der großen BVA-Reform ausgeklammert hat.

Das gibt uns die nötige Zeit, um die Aufteilung des Stundenkapitals neu zu gestalten.

Und wir haben bereits damit begonnen.

Die KUL analysiert derzeit in unserem Auftrag verschiedene bereits existierende Modelle weltweit und wird uns darauf basierende Schlussfolgerungen erarbeiten, die uns für weitere Entscheidungen hilfreich sein werden.

Einige Redner gingen am Dienstag auf die **Lernstandserhebung in den beiden ZAWM** ein.

Die Resultate sind nicht zufriedenstellend, das liegt auf der Hand.

Aber es bringt nichts, wenn sich Schulen und Ausbildungszentren gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben.

Alle Akteure müssen hier gemeinsam Ursachenforschung betreiben und überlegen, wie man die Resultate langfristig verbessern kann, damit unser Mittelstand auch morgen noch gut ausgebildete Fachkräfte aus unseren Ausbildungszentren erhält.

Die Gespräche und Analysen laufen bereits und ich kann Ihnen versichern, dass das IAWM die Sache sehr ernst nimmt.

Dasselbe gilt für das Problem der über hundert unbesetzten Lehrstellen.

Das Problem kennen übrigens nicht nur wir.

Das deutsche Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat kürzlich zentrale Ergebnisse der Analysen zur Entwicklung des Ausbildungsmarktes im Jahr 2017 vorgelegt.

Darin heißt es: „Allerdings ist zum achten Mal in Folge die Zahl der unbesetzten Ausbildungsplätze gestiegen. Mit 48.900 (+ 5.500 beziehungsweise +12,6 %) gab es so viele zum 30. September noch offene Ausbildungsstellen wie seit 1994 nicht mehr.“

Und auch bei uns sind die Zahlen besorgniserregend, wie Kollege Cremer am Dienstag feststellte.

Image- und Werbekampagnen, Unterstützungsangebote für schwächere Jugendliche und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen und Ausbildungszentren wurden bereits mit dem IAWM in die Wege geleitet.

Meines Erachtens sollten wir aber auch vermehrt versuchen, neu ankommende Jugendliche mit Migrationshintergrund fit zu machen.

Das neue EAS-Dekret ebnet dazu den Weg, indem zunächst der Schwerpunkt auf die Erlangung der notwendigen Sprachkenntnisse gelegt wird.

Unsere Betriebe nehmen dankbar jeden auf, der gewillt ist, sich für einen handwerklichen Job zu begeistern, sich darin zu investieren.

Da bleibt sicher noch einiges zu tun.

Und ich bin zuversichtlich, dass wir das gemeinsam mit unseren Partnern, dem IAWM, den ZAWM, den Bildungseinrichtungen, schaffen werden.

Auch auf Ebene der Verbesserung der **Französischkenntnisse** tut sich einiges.

Ende dieses Schuljahres werden wir eine Vollerhebung in allen Abschlussjahrgängen der Primar- und der Sekundarschulen durchführen.

Dann wissen wir genau, wie es um die Französischkenntnisse unserer Schülerinnen und Schüler bestellt ist.



Parallel dazu haben wir bereits damit begonnen, Unterrichtsbeobachtungen durchzuführen.

Wir wollen genau wissen, wie der Unterricht in Französisch abläuft, welche Methoden angewandt werden, was gut funktioniert und was nicht gut funktioniert.

Im Herbst 2018 werden wir also ein umfassendes Bild zur aktuellen Situation haben und können in Kenntnis der Sachlage entscheiden, welche Maßnahmen zu ergreifen sind, um die Qualität des Französischunterrichts zu verbessern.

Auch beim Thema **Schulkosten** bleiben wir weiter am Ball.

Nachdem die Befragung des Bundes der Familien uns nur teilweise die Angaben geliefert hat, die wir brauchen, um Prioritäten im Sekundarbereich festzulegen, haben wir die Sekundarschulen gebeten, uns noch genauere Angaben zu den Kosten zu übermitteln, die den Eltern in Rechnung gestellt werden.

Daran arbeiten alle Sekundarschulen sehr bereitwillig mit, so dass wir auch in diesem Bereich bald Entscheidungen treffen können, die den Geldbeutel der Eltern entlasten.

Mehrere Fraktionen griffen am Dienstag die geplante **Herabsenkung des Kindergarteneintrittsalters** auf zweieinhalb Jahre auf.

Kollege Franzen sagte zu recht, dass dazu die Rahmenbedingungen stimmen müssen.

Genau daran arbeiten wir.

Geplant ist diese Herabsenkung ja erst ab dem übernächsten Schuljahr.

Bereits ab dem kommenden Schuljahr möchten wir zunächst die neuen Kindergartenhelfer einführen – ich spreche übrigens lieber von Kindergartenassistenten, um eine Verwechslung mit den Praktikanten im Rahmen der Kooperation zwischen Arbeitsamt und RSI zu vermeiden.

So werden wir massiv neues Stellenkapital zur Unterstützung der Kindergärtnerinnen bereit stellen, damit Kindergärten eben nicht zur bloßen Verwahrschule werden.

Wir werden mehrere Millionen Euro in unsere Kindergärten investieren.

Danach kommt die Absenkung des Kindergarteneintrittsalters auf 2,5 Jahre.

Vor dem Hintergrund der massiven Personalaufstockung frage ich mich: warum soll das, was überall sonst in unserem Land (Bxl, WR und Flandern) funktioniert, nicht auch bei uns funktionieren?

Natürlich müssen sich auch die Schulträger darauf vorbereiten, indem sie beispielsweise die räumlichen Voraussetzungen in den Kindergärten unter die Lupe nehmen, und das kommende Schuljahr nutzen, um sich auf die neue Situation vorzubereiten, die ja gar nicht so neu ist, sondern bis Ende der 1990er Jahre bereits bestand.

Wir haben auch schon Gespräche mit der AHS geführt, um das Vorhaben inhaltlich bestmöglich vorzubereiten.

Kollegen Mockel und Franzen machten sich dafür stark, die Gelegenheit der Einführung von Kindergartenassistenten zu nutzen, um Synergien zwischen diesem neuen Amt und der Tätigkeit in der Außerschulischen Betreuung zu schaffen.

Diese Idee ist sehr interessant und mein Kollege Minister Antoniadis wird Ihnen bestätigen können, dass genau diese Überlegungen bereits Bestandteil seines Masterplans zur Kinderbetreuung sind.

Prinzipiell gibt es kein Hindernis dafür, dass ein Personalmitglied teilzeitig für die Außerschulische Betreuung und teilzeitig für den Kindergarten arbeitet.

Es bedarf lediglich einer guten Absprache zwischen der Schule vor Ort und dem RZKB.

Dennoch werden mein Kollege und ich im Rahmen einer gemeinsamen Arbeitsgruppe versuchen, das Ganze zu strukturieren und leicht umsetzbare Modelle zu erarbeiten.

Wir werden diesen Vorschlag also gewissenhaft und wohlwollend vorantreiben.

Im **Infrastrukturbereich** wurde wieder eine Vielzahl von schulischen Projekten in den Infrastrukturplan aufgenommen – eigentlich sogar alle Projekte, die so weit gediehen sind, dass sie noch 2017 oder 2018 zur Zusage kommen können.

Hier beträgt der Zuschusssatz ja bekanntlich 80 Prozent.

Damit übernimmt die Deutschsprachige Gemeinschaft den Löwenanteil der Kosten und weit mehr, als beispielsweise in der FG oder in Flandern üblich ist.

Ich nenne nur einige Beispiele:

- die Gemeinde Bütgenbach erhält 55.000 EUR für die Dachsanierung der Schulsporthalle Weywertz
- die Grundschule Herbesthal erhält 114.000 EUR für den Neubau eines Toilettentraktes und 424.000 EUR für den Umbau der alten Schule, die Neuplanung der Küche wird mit 60.000 EUR unterstützt
- in der Gemeindeschule Kelmis wird die Sanierung der Fenster mit 162.000 EUR bezuschusst und ein Ausbau zusätzlich mit 422.000 EUR
- in der GS Walhorn wird der Neubau eines Bewegungsraumes mit 406.000 EUR subsidiert
- die Gemeinsame Grundschule Bütgenbach kann für Spielgeräte mit einer Unterstützung in Höhe von 57.000 EUR rechnen
- an die GS Elsenborn wird ein Geräteraum angebaut, der mit 57.000 EUR bezuschusst wird
- an der BS Sankt Vith wird die Renovierung der B-Klassen mit 1,1 Mio EUR bezuschusst
- an der PDS werden Brandschutzmaßnahmen mit 488.000 EUR subsidiert
- und wir arbeiten intensiv am zweiten großen PPP-Schulbauprogramm mit Schwerpunkt Sankt Vith und Kelmis, für das 120 Mio EUR vorgesehen wurden.

In einigen Monaten wird auch die neue Heimat der Musikakademie in Eupen, die Villa Bellmerin, bezugsfertig sein.

Und ja, Kollege Franzen, natürlich werden wir die spätere Nutzung des Gebäudes mit allen Partnern, mit der Stadt Eupen, mit der Akademie, aber auch mit Föderkam im Detail absprechen, damit keine Fragen offen bleiben.

Wir stehen ganz grundsätzlich dazu, dass wir es unseren Kindern und Jugendlichen, aber auch den Lehrerinnen und Lehrern schuldig sind, dass sie ihre Arbeit unter vernünftigen infrastrukturellen Bedingungen tun können müssen.

Die Investitionen in Schulbauten, die unsere Gemeinschaft seit vielen Jahren konsequent vorantreibt, sind landesweit beispielhaft.

\*\*\*

Angesichts meiner zur Neige gehenden Redezeit möchte nur noch ein Thema ganz kurz ansprechen: die **politische Bildung**, die ausschließlich von Kollegen Niessen thematisiert wurde.

Kollege Niessen, Sie haben der Regierung wiederholt vorgeworfen, dass sie sich nicht genügend mit Alltagsrassismus und rechtem Gedankengut befasst, ja, Sie haben wörtlich gesagt, dass die Regierung fahrlässig handle.

Dieser Vorwurf ist ungeheuerlich und ich weise ihn entschieden zurück!

Das lasse ich nicht auf mir sitzen.

Gerade Sie als Linker müssten doch wissen, welche zahlreichen Initiativen in den letzten Jahren ergriffen wurden, um Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus entschieden entgegenzutreten.

Mit Ihrem Vorwurf greifen Sie übrigens nicht nur die Regierung an, sondern auch die wertvolle jahrelange Arbeit von Dr. Herbert Ruland, dem bisherigen Leiter der Abteilung Grenzgeschichte an der AHS.

Mir scheint, dass Sie meine diesbezügliche Stellungnahme in der Presse gar nicht zur Kenntnis genommen haben, oder gar nicht zur Kenntnis nehmen wollten.

Das ist schlechter politischer Stil, Kollege Niessen.

Schlechter politischer Stil ist es auch, wider besseren Wissens Halbwahrheiten oder gar Lügen zu verbreiten.

Sie haben am Dienstag behauptet, ich hätte die Vorschläge des RDJ als „nicht sinnvoll“ bezeichnet.

Das stimmt ganz einfach nicht und ich frage mich, wer so etwas in die Welt setzt.

Das Gegenteil ist wahr: wir haben die Befragung des RDJ zum Anlass genommen, um einen Abgleich der Inhalte von politischer Bildung mit den Rahmenplänen vorzunehmen und gewisse Maßnahmen des Masterplans (Verstärkung bestehender Inhalte, Ergänzung durch fehlende Inhalte, Stärkung der Partizipation der Schüler und Stärkung alternativer Lernformate, etc.) als prioritär zu erachten.

Genau daraus ist ja die Idee eines Leitfadens entstanden.

Sie haben auch behauptet, ich hätte die Konzertierung mit den Akteuren verboten.

Auch das stimmt nicht, und ich kann es sogar belegen.

Ich werde Ihnen gleich nach meiner Rede die Kopie eines Schreibens von mir an die AHS vom 1. Dezember 2016 aushändigen, aus dem hervorgeht, dass ich darum gebeten habe, das theoretische Konzept zunächst durch konkrete Handlungsempfehlungen zu vervollständigen, bevor man dazu in eine Konzertierung geht, da diese sonst gegenstandslos gewesen wäre.

Ich habe eine Konzertierung also sogar befürwortet und wollte sicher sein, dass sich die Akteure auch zu den konkreten Maßnahmen äußern können.

Kollege Niessen, ich bin von Haus aus Historiker und muss Sie rügen:  
zur politischen Bildung gehört auch, dass man das, was man hört, auf seinen Wahrheitsgehalt prüft.

Von Quellenkritik haben Sie vermutlich noch nie etwas gehört.

Und politische Bildung ist nicht erst mein Thema, seitdem ich vor wenigen Wochen in der Presse angegriffen wurde, sondern ich habe schon Mitte 2015 den Masterplan für die Unterstützung der Schulen bei der fächerübergreifenden Implementierung von politischer Bildung in Auftrag gegeben.

Und meinem Schreiben an die AHS werden Sie gleich entnehmen können, dass ich sogar Druck gemacht habe, weil das Ganze mir nicht schnell genug voranging.

Sie, werter Kollege Niessen, haben mir offenbar in der letzten Kontrollsitzung im Ausschuss nicht zugehört, (was schon Ihre Reaktion auf meine Antwort auf die Interpellation gezeigt hat, die die Antworten auf alle Ihre Fragen enthielt).

Das war keine heiße Luft, sondern alle konkreten Schritte wurden genannt.

Unter anderem wurde die PARTIZIPATIVE Vorgehensweise bei der Umsetzung des Vorhabens erörtert: GGDG hat bereits die meisten Sekundarschulen besucht, um Bedarf und Ist-Situation zu ermitteln und wird gemeinsam mit den Schulen die Implementierung der PB vorantreiben und dabei von bestehenden Schwerpunkten in den Schulen ausgehen.

Auch der Leitfaden wird ja mit Vertretern der Unterrichtsnetze und Lehrern erarbeitet.

Ich habe selbst zweimal die Junge Mitte empfangen, um sie über Entwicklungen auf dem Laufenden zu halten.

Ich habe den RDJ (auf Nachfrage) persönlich per Mail über die Entwicklungen informiert, dieser hat sich für die sehr ausführliche Antwort bedankt und sich damit zufrieden erklärt.

Ich habe sogar den RDJ zu einem Austausch im Beisein von Frau Dr. Lask eingeladen, der voraussichtlich im Februar stattfinden kann.

Und wie ich bereits im Ausschuss mitgeteilt habe, aber auch das haben Sie geflissentlich überhört, ist es mein ausdrücklicher Wunsch, dass die Netzwerkarbeit mit den Akteuren aus dem Jugendbereich fortgeführt wird.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir das ostbelgische Bildungswesen in all seinen Facetten weiterentwickeln wollen, dann wird uns das nur gelingen, wenn wir es schaffen, mit allen Akteuren, den Schulen, Schulleitern, Lehrern, Schülern, Eltern, Gewerkschaften, politisch Verantwortlichen, Vertretern der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Misstrauen zu säen und zu schüren wird uns nicht weiter bringen, sondern hemmen.

Bislang gab es diese vertrauensvolle Zusammenarbeit fraktionsübergreifend in Ausschuss III.

Beleg dafür ist die generell sehr breite Zustimmung zu unseren Dekretentwürfen, in die wir auch bereitwillig Vorschläge der Opposition einfließen lassen.

Ich wünsche mir, dass diese vertrauensvolle Zusammenarbeit auch in Zukunft möglich sein wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!